

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuß

71. Sitzung

am Donnerstag, dem 12. März 1998, 9:00 Uhr,

im Sitzungszimmer des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Lothar Hay (SPD)

Helmut Plüschau (SPD)

Gerhard Poppendiecker (SPD)

Ursula Kähler (SPD)

Günter Neugebauer (SPD)

Eva Peters (CDU)

Reinhard Sager (CDU)

Berndt Steincke (CDU)

Thomas Stritzl (CDU)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vorsitzender

in Vertretung von Uwe Döring

in Vertretung von Holger Astrup

Fehlende Abgeordnete

Wolfgang Kubicki (F.D.P.)

Weitere Anwesende

siehe Anlage

Tagesordnung:	Seite
1. Übertragung von Förderprogrammen des Ministeriums für Wirtschaft, Technologie und Verkehr	4
Vorlage des Ministeriums für Wirtschaft, Technologie und Verkehr Umdruck 14/1621	
2. Schülerbeförderungskosten	5
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 14/1256	
3. Über- und außerplanmäßige Ausgaben und Verpflichtungen für das IV. Vierteljahr des Haushaltsjahres 1979	6
Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie Umdruck 14/1634	
4. Veräußerung der landeseigenen bebauten Liegenschaft Kiel, Feldstraße 18	7
Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie Umdruck 14/1636	
5. Gemeinsame Rahmenplanung nach Artikel 91 a GG; hier: Anmeldung zum 26. Rahmenplan 1998 bis 2001 „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“	8
Bericht der Landesregierung Drucksache 14/1260	
Vorlage der Ministerpräsidentin Umdruck 14/1612	
6. Gemeinsame Rahmenplanung nach Artikel 91 a GG; hier: Anmeldung zum 28. Rahmenplan für den Hochschulbau (1999 - 2002)	9
Bericht der Landesregierung Drucksache 14/1267	
7. Verschiedenes	10

Der Vorsitzende, Abg. Hay, eröffnet die Sitzung um 9:00 Uhr und stellt die Beschlußfähigkeit fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Übertragung von Förderprogrammen des Ministeriums für Wirtschaft, Technologie und Verkehr

Vorlage des Ministeriums für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Umdruck 14/1621

Die Abgeordneten Neugebauer, Heinold und Stritzl erklären die Zustimmung ihrer Fraktionen zu der Vorlage, wobei Abg. Stritzl anmerkt, daß ihn die Wirtschaftlichkeitsberechnung nicht überzeuge und daß er bitte, sie nachzureichen.

Mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU wird die Vorlage einstimmig angenommen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Schülerbeförderungskosten

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/1256

(überwiesen am 19. Februar 1998 an den Bildungsausschuß, den
Finanzausschuß und den Innen- und Rechtsausschuß)

- Benennung der Anzuhörenden -

Abg. Kähler beantragt namens der SPD-Fraktion, die kommunalen Landesverbände zur schriftlichen Anhörung einzuladen. Der Vorsitzende regt an, die Stellungnahme des Grenzlandbeauftragten, Umdruck 14/1671, in die Beratungen einzubeziehen. Abg. Stritzl beantragt, die Landräte der Kreise Nordfriesland und Schleswig-Flensburg und den Oberbürgermeister der kreisfreien Stadt Flensburg in den Kreis der Anzuhörenden einzubeziehen.

Einstimmig beschließt der Ausschuß im Sinne der Antragstellenden.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Über- und außerplanmäßige Ausgaben

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie
Umdruck 14/1634

Lfd. Nr. 12: 1005 - 643 09, Förderung von Kindertagesstätten

MR Görner trägt vor, nach § 27 des Kindertagesstättengesetzes gewähre das Land den Trägern der Kindertagesstätten Zuschüsse zu den Personalkosten. Die Bewilligung und die Auszahlung der Zuschüsse im Einzelfall oblägen den Kreisen und den kreisfreien Städten, denen das Land die Beträge erstatte. Das Land habe das Erstattungsverfahren im einzelnen durch Richtlinien festgelegt. Danach würden 60 % der voraussichtlichen Kosten als Abschlag zum 1. Mai und die restlichen 40 % zusammen mit der späten Abrechnung des vergangenen Jahres zum 1. Oktober gezahlt.

Im vergangenen Jahr habe sich dabei ergeben, daß die ursprünglich veranschlagten Mittel nicht ausreichten. Darüber hinaus seien die endgültigen Zahlen erst im November festgelegt worden, weil bei zwei Kreisen noch Rückfragen erforderlich gewesen seien. Zur Einlösung der Verpflichtungen des Landes sei es notwendig gewesen, eine überplanmäßige Ausgabe zu beantragen.

Auf eine Frage des Abg. Neugebauer antwortet MR Görner, daß aus diesem Vorgang nicht geschlossen werden dürfe, daß sich für 1998 Einsparungen in ähnlicher Größenordnung ergäben.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Veräußerung der landeseigenen bebauten Liegenschaft Kiel,
Feldstraße 18**

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie
Umdruck 14/1636

Abg. Stritzl möchte wissen, welche Besonderheit des Grundstücks zu einem Verkaufspreis von 845.500 DM bei einem Verkehrswert von lediglich 670.000 DM geführt habe.

MDgt Rohs antwortet, daß es insgesamt drei Ausbietungsverfahren gegeben habe: An dem ersten Verfahren hätten sich 42 Bieter beteiligt, und das Höchstgebot habe bei 500.000 DM gelegen. An dem zweiten Verfahren seien 19 Bieter beteiligt gewesen, und das Höchstgebot habe nunmehr schon 665.000 DM betragen. In einer weiteren Ausbietungsrunde, an der sich lediglich noch 9 Bieter beteiligt hätten, habe das Höchstgebot bei dem in der Vorlage aufgeführten Preis von 845.500 DM gelegen.

Auf eine Bemerkung des Abg. Stritzl stellt P Dr. Korthals klar, daß nicht der Grundstock aufgelöst, sondern lediglich die Verpflichtung zur Zuführung von Mitteln aus der Veräußerung von Grundstücken aufgehoben worden sei.

Abg. Stritzl erklärt, daß seine Fraktion der Veräußerung zustimme, allerdings bitte, die Frage der Zuführung zum Grundstock zum Gegenstand der Beratung in einer der nächsten Sitzungen zu machen.

In die beantragte Veräußerung wird einstimmig eingewilligt.

Punkt 5 der Tagesordnung:

**Gemeinsame Rahmenplanung nach Artikel 91 a GG; hier:
Anmeldung zum 26. Rahmenplan 1998 bis 2001 „Verbesserung
der Agrarstruktur und des Küstenschutzes**

Bericht der Landesregierung
Drucksache 14/1260

Vorlage der Ministerpräsidentin
Umdruck 14/1612

(überwiesen am 20. Februar 1998 an den Agrarausschuß und den Bildungsausschuß zur abschließenden Beratung)

Der Ausschuß nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Gemeinsame Rahmenplanung nach Artikel 91 a GG; hier: Anmeldung zum 28. Rahmenplan für den Hochschulbau (1999 -2002)

Bericht der Landesregierung
Drucksache 14/1267

(überwiesen am 20. Februar 1998 an den Bildungsausschuß und den Finanzausschuß zur abschließenden Beratung)

Der Ausschuß nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Verschiedenes

- a) Der Vorsitzende nimmt Bezug auf einen Artikel im „Handelsblatt“ und bittet, den Finanzausschuß in einer nichtöffentlichen Sitzung über die **Auswirkungen der Währungsturbulenzen in Südostasien auf die Landesbank** zu unterrichten.
- b) Abg. Stritzl bittet, in der nächsten Sitzung des Finanzausschusses einen Bericht zum Thema „**Nichtbelegung des Eigenkapitals der Landesbank**“ zu geben.
- c) Abg. Kähler nimmt Bezug auf eine Stellungnahme des Deutschen Beamtenbundes, in der behauptet werde, daß die Verwendung der im Zuge der **58er-Regelung** eingesparten Mittel noch völlig offen sei. Dies treffe nicht zu. Schon vor etlichen Monaten habe die Landesregierung ihr **Programm zur Schaffung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen** in einer Pressekonferenz dargestellt. Sie bitte, den Deutschen Beamtenbund entsprechend zu informieren.

Der Vorsitzende bittet um Angaben über die zusätzliche Zahl von Ausbildungsplätzen im Bereich der Landesverwaltung, insbesondere im Bereich der Finanzämter mit möglichen Auswirkungen auf zu erwartende Mehreinnahmen aus Betriebsprüfungen.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 9:30 Uhr.

gez. Hay

Vorsitzender

gez. Breitkopf

Geschäfts- und Protokollführer